

HÜSKENS: SAARLAND BRAUCHT EIN EINWANDERUNGSGESETZ

erschienen am 4. März 2015

[Einwanderung](#), [Gesetz](#), [Lydia
Hüskens](#)

Dr. Lydia Hüskens, stv. FDP-
Landesvorsitzende, kommentiert
Gedankenspiele einiger CDU-
Politiker rund um das Thema
Einwanderungsgesetz.
Reise des SPD-Fraktionschefs
Thomas Oppermann nach

Einwanderungsgesetz. Auch jetzt einige junge CDU-Abgeordnete im Bund und
in der Landesparlamentarion Einwanderungsgesetz aussprechen und auch die SPD

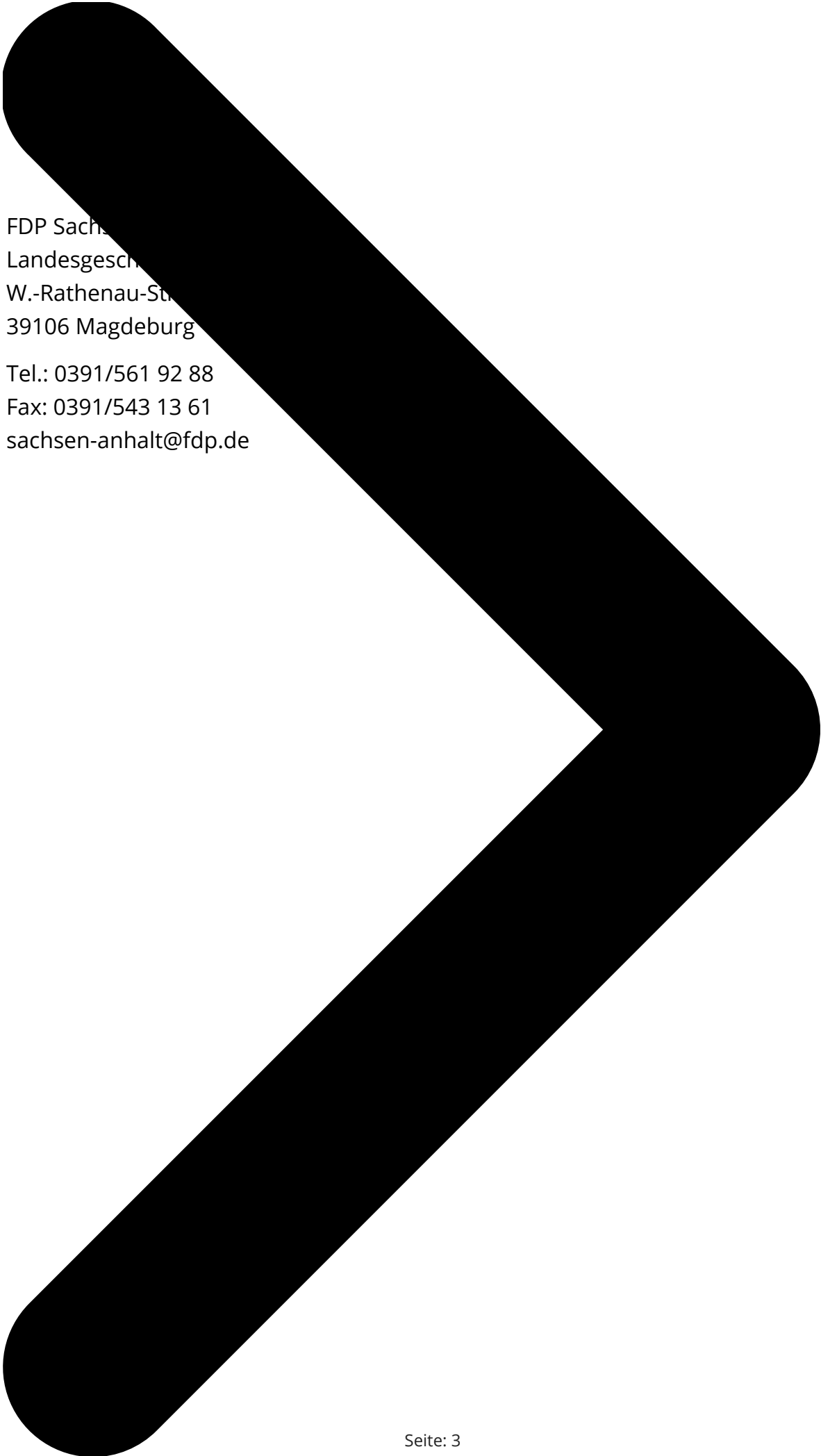
endlich Klausur vorlegt und ihren SPD-Fraktionschef Oppermann nach Kanada schickt, um die dortige Einwanderungspolitik zu studieren. Die FDP fordert seit vielen Jahren ein Einwanderungsgesetz als Vorbild. Bisher war es stets die Union, die ein Einwanderungsgesetz sogar aktiv dagegen polemisiert hat. Daran ändert sich auch als die CSU ihre Blockade aufrechterhält. Generalsekretär der „tagesschau“ hinaus, ein Einwanderungsgesetz sei „so üblich wie der Sand in der Sahara“. Es wird in dieser Legislatur offenbar keine wirkliche Lösung für dieses zentrale Vorhaben geben, wenn Minister Hehofer, seine Meinung wieder einmal ändert, weil Umfrager fragen, dies könnte jetzt die Mehrheitsmeinung sein.

Unter dem Hin und Her in der Koalition leiden die kleinen und mittleren Unternehmer hier in Deutschland, deren Interessen durch ein neues Einwanderungsgesetz fordern. Es ist beispielsweise ein junger, jugendliche Asylbewerber, die häufig über eine hohe Motivation nach dem Schulabschluss weder Sozialhilfe noch BAföG erhalten und von der Ausbildung ferngehalten werden. Die FDP fordert, dass nach Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnis, Alter und Berufsweg am Arbeitsmarkt flexibel zu steuern. Durch ein transparentes System sollen Akademiker und qualifizierte Einwanderer leichter nach Deutschland zu kommen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Gehaltsschwellen für Hochqualifizierte gesenkt werden.

Es wird Zeit, dass sich die Bundesregierung intensiv mit dem Thema auseinandersetzt und offen diskutiert – ohne CSU-Denkverbote. Das ist auch im Interesse des Sachsen-Anhalt. Mit einem neuen Einwanderungsgesetz, das Deutschland wirklich eine Willkommenskultur verleiht, wie in Sonntagsreden so gern gesprochen wird.

Kontakt

Dr. Ingrid
St. ... de
... e



FDP Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsstelle
W.-Rathenau-Str. 1
39106 Magdeburg
Tel.: 0391/561 92 88
Fax: 0391/543 13 61
sachsen-anhalt@fdp.de